

6 NACHRICHTEN

In Deutschland fehlen bis 2030 gut 250.000 Pflegeheimplätze



Jede Menge neue Seniorenpflegeheime braucht das Land. Nur, wie viele genau? Und wo? Bild: Fotolia.de/spun0

Es gibt eine neue Prognose zum mutmaßlichen Zusatzbedarf an Pflegeheimplätzen in Deutschland. Die Beratungsunternehmen Wüest & Partner Deutschland (W&P) und Ottenströer Immobilienwirtschaft/Regionalökonomie gehen davon aus, dass es in Deutschland bis 2030 zusätzlich 255.000 Pflegeheimplätze geben muss. Sie liegen mit ihrer Schätzung im Mittelfeld.

Würden wir Faktoren wie die Pflege- und die Heimquote linear fortschreiben, hätten wir ein Szenario von 320.000 zusätzlichen Pflegeheimplätzen“, erklärt Volker Ottenströer, der geschäftsführende Gesellschafter des nach ihm benannten Unternehmens. Er habe jedoch einen Abschlag von 20% vorgenommen, unter anderem aus diesen zwei Gründen: Erstens spreche viel dafür, dass viele Menschen, die alt werden, immer länger einigermaßen gesund bleiben. Die Pflege- und Heimquote in den einzelnen Altersgruppen (also z.B. 70

bis 80 Jahre, 80 bis 90 Jahre usw.) könnte also sinken. Zweitens könnten Bemühungen, immer mehr Wohnungen seniorenrecht zu machen und ergänzende Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, dazu beitragen, dass immer mehr Senioren länger zu Hause wohnen bleiben.

Erst vergangener Woche hatte der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) der Bundesregierung ein Positionspapier zum Bau von 2,9 Mio. seniorenrechten Wohnungen bis 2030 übergeben. Der Investitionsbedarf wird darin unter Berufung auf eine Prognoseerhebung mit 50 Mrd. Euro angegeben.

Die 255.000 von Ottenströer und W&P liegen deutlich unter den 321.000 zusätzlichen Pflegeheimplätzen bis 2030, die Ende vergangenen Jahres das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in seinen Pflegeheim Rating Report 2015 geschrieben hatte. Das RWI hatte die Kosten einschließlich Modernisierungen im Bestand auf gigantische 80 Mrd. Euro hochgerechnet. Die Kosten für die von ihm und Ottenströer prognostizierten 255.000 zusätzlichen Plätze beziffert Karsten

In Berlin ist der Neubaubedarf am größten

Jungk, Geschäftsführer von W&P, auf rund 25 Mrd. Euro. Auf der anderen Seite geht Frank Löwentraut, der Chef des Bad Homburger Beratungsunternehmens Aetas Consult, mit seiner Prognose erheblich konservativer zu Werke. Er hält bis 2030 zusätzlich 120.000 Plätze in Neubauten und noch einmal gut 50.000 Plätze in umzubauenden Häusern für erforderlich. Macht zusammen etwa 170.000 Pflegeheimbetten. Zur Einordnung: Der bisherige Bestand umfasst 13.030 Heime mit 903.000 Pflegeplätzen (Stand 2013/2014).

Die Rechnung von Ottenströer und W&P entspräche einem jährlichen Neubau von Heimen mit etwa 17.000 Pflegebetten. Zuletzt hatte es hierzulande rund 14.000 zusätzliche Betten im Jahr gegeben. Zu wenig müsse das nicht sein, sagt Ottenströer. Sein Argument: Die Auslastungsquote der Häuser habe in den vergangenen Jahren im Durchschnitt immer irgendwo zwischen 85% und 90% gelegen.

„Das spricht dafür, dass die zusätzliche Nachfrage durch den Neubau aufgefangen wird“, sagt er. Allerdings gibt es starke Schwankungen hinsichtlich der Auslastungsquoten. In weiten Teilen Baden-Württembergs, Nordrhein-Westfalens und Ostdeutschlands sind sie überdurchschnittlich hoch. Dagegen fallen vor allem Bayern, aber auch Teile des Saarlands, von Rheinland-Pfalz und das südliche Schleswig-Holstein mit schwachen Auslastungszahlen auf.

Den höchsten Zusatzbedarf an Pflegeplätzen bis 2030 sehen Ottenströer und W&P in Berlin. Dort müssten mehr als 11.800 Betten hinzukommen. Dahinter folgen Hamburg (+4.105), die Region Hannover (+3.829), München (+2.089) und Köln (+2.015). Zudem fehlen in vielen Speckgürteln großer Städte überdurchschnittlich viele Pflegebetten. **bb**